

Die UNWRA und die Hoffnung auf Frieden

Seit Jahren führe Israel eine Kampagne gegen die UNWRA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten, so der Autor

Von Claude Grégoire*

Dieses Jahr fiel Jom haAtzma'ut auf den 26. April. Ein Nationalfeiertag, an dem Israel der Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahr 1948 gedenkt. Kurz danach, am 15. Mai, gedachten die Vereinten Nationen zum ersten Mal der Vertreibung von 750.000 Palästinensern aus ihrer Heimat, welche Hand in Hand mit der Staatsgründung Israels einherging. Die UN-Generalversammlung hatte diesen „Nakba-Tag“, als Gedenktag an die palästinensische Katastrophe, gegen den Willen Israels und seiner Unterstützer (unter anderem die USA und Deutschland) beschlossen. In Israel jedoch, seit einem Gesetz von 2011, werden Vereine, welche eine Gedenkfeier der „Nakba“, dem Tag der Katastrophe, abhalten oder unterstützen, bestraft. Den Palästinensern in Israel wird das Recht auf Erinnerung nicht zugestanden.

Vor fast 76 Jahren, am 29. November 1947, verabschiedete die UN-Generalversammlung die berühmte Teilungsresolution 181. Darin verlautete es: „Zwei Monate nach Abschluss des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht (England), in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem.“ Doch die Menschen vor Ort hatte man nicht um ihre Meinung befragt. In Palästina lebten damals etwa 1.900.000 Menschen: Etwa zwei Drittel davon waren muslimische, christliche und drusische Palästinenser und knapp ein Drittel waren Juden, die überwiegend in den 50 Jahren zuvor nach Palästina eingewandert waren.

Im Zuge der Staatsgründung Israels verloren mehr als 80 Prozent der einheimischen palästinensischen Bevölkerung ihre Heimat und wurden zu Flüchtlingen. Die Menschen verließen nicht freiwillig ihre Häuser und Dörfer, sie wichen vor

Gewalt, militärischer Drohung und zahlreichen Massakern an Zivilisten, wie zum Beispiel im Dorf Deir Jassin, neben dessen Ruinen später die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem errichtet wurde. Unter Historikern ist es inzwischen unumstritten, dass die jüdisch-zionistischen Milizen mit Waffengewalt vorgingen, um die große Mehrheit der nicht-jüdischen einheimischen Bevölkerung aus ihrer Heimat zu vertreiben. Militärische Befehle und Zitate lassen heute kaum Zweifel daran, dass dieses Vorgehen einem Plan entsprach (1). Die Strategie der „Judaisierung“ und „Entpalästinisierung“ hält auf eine andere Art bis heute an.

Das Schicksal der „anwesenden Abwesenden“

Der junge jüdische Staat eignete sich so riesige Landstriche an, sowie Tausende von Eigentümern in mehr als 500 Ortschaften, welche ihrer Bevölkerung entleert und oft dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Immobilien, 300.000 Hektar Kulturland, Betriebe und Bankguthaben wurden beschlagnahmt und in jüdischen Besitz überführt. Um diese Enteignungen zu „legalisieren“, wurde im März 1950 eine Verordnung über das Eigentum „Abwesender“ verabschiedet. Selbst Binnenflüchtlingen wird bis heute das Recht auf Rückkehr in ihre ursprünglichen, zerstörten Heimatdörfer oder auf Entschädigung abgesprochen, sogar dann, wenn sie ein Eigentumszertifikat vorweisen. Eigens für sie erfand man den Begriff „present absentee“, auf gut Deutsch „anwesender Abwesender“. Unter dem Ein-

Den Palästinensern in Israel wird das Recht auf Erinnerung nicht zugestanden.

druck der gewaltigen Flüchtlingsströme verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 11. Dezember 1948 die Resolution 194, die sogenannte Rückkehr-Resolution: Jeder Flüchtling hat das Recht auf freie Entscheidung, ob er zu seiner Wohnstätte zurückkehren möchte und/oder sein Recht auf Entschädigung in Anspruch nimmt. Israel verhindert bis heute eine Umsetzung dieser Resolution. Juden aus der ganzen Welt dürfen immigrieren und bekommen im Nu die israelische Staatszugehörigkeit. Doch Palästinensern, die über Generationen auf diesem Land gelebt haben, wird dieses Recht seit 76 Jahren vorenthalten.

Angesichts der Hunderttausenden von palästinensischen Flüchtlingen wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1949 die UNWRA ins Leben gerufen. Aufgabe der humanitären Hilfsorganisation ist es, die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu befriedigen, wie etwa Nahrung und Unterbringung, Bildungs- und Gesundheitsversorgung. Als die UNWRA ihre Arbeit im Mai 1950 aufnahm, registrierte sie 914.221 Flüchtlinge. Sie betreut inzwischen 59 dicht besiedelte Flüchtlingslager, 666 Schulen und 128 Gesundheitseinrichtungen im besetzten Palästina sowie in drei umliegenden Staaten – Libanon, Syrien und Jordanien. Ihr Mandat wird alle drei Jahre durch ein Votum der UN-Generalversammlung verlängert.

Doch steht das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge seit Jahren unter Beschuss Israels und seiner Lobbyisten sowie der USA. Dazu gehören Verleumdungen und Ad-hominem-Angriffe gegen hohe Vertreter der UNWRA und der UNO, besonders dann, wenn diese Israels Vorgehen kritisieren (2). Vorwürfe die einer ernsthaften Untersuchung nicht standhalten, auch wenn einzelne Managementprobleme innerhalb einer UN-Organisation, die heute für 5,5 Millionen Menschen zuständig ist und 30.000 Mitarbeiter beschäftigt, nicht gän-

zlich zu vermeiden sind. Unter Präsident Donald Trump hatten die USA jegliche Finanzierung gestoppt. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu fordert gar deren Auflösung. Die Kampagne zur Delegitimierung der UNWRA ist in erster Linie ein politisches Anliegen und geht auf Kosten des Wohlergehens und des Lebens palästinensischer Zivilisten. Die permanente Unterfinanzierung der Hilfsorganisation führt heute zu gravierenden Einschränkungen bei den Leistungen für die über fünf Millionen Menschen.

Kenneth Roth, Executive Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, formuliert es so: „Die UNWRA steht für palästinensische Flüchtlinge, und die israelische Regierung wünscht, dass die Flüchtlinge verschwinden. Israel will nicht, dass vom Recht auf Rückkehr geredet wird. Auch nicht von der Tatsache, dass so viele Personen 1948 gewaltsam vertrieben wurden, und dass es eine Verantwortung trägt für diese Menschen und ihre Nachfolger, denn ihre Heimat war in Israel und Palästina. Die UNWRA ist eine ständige Erinnerung an diese schmerzhaften Vergangenheit Israels, eine Vergangenheit, die von Millionen Flüchtlingen heute verkörpert wird“.

Am Jom haAtzma'ut-Tag feiert Israel jedes Jahr die Ausrufung seines Staates als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und Jahrhunderten langer Verfolgung. Doch die Ereignisse von 1947-48 haben über 60 Prozent des palästinensischen Volkes zu Flüchtlingen gemacht, die ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt wurden, ohne Aussicht auf nationale Selbstbestimmung, geschweige denn auf Entschädigung oder Rückkehr. Mit seiner Kampagne gegen die UNWRA und gegen „Nakba“-Gedenktage möchte Israel diese Katastrophe und das begangene Unrecht vergessen machen. Doch Erinnerungsarbeit ist eine Voraussetzung für Versöhnung. Auf dem so dringend notwendigen Weg zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Nahen Osten bleibt die Frage der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung.

Frieden wird es nur dann geben, wenn Israel das begangene Unrecht und seine Verantwortung für die palästinensische Tragödie eingesteht, mit allem was dazu gehört. Der Staat Israel verdankt seine Existenz einem Votum der Vereinten Nationen und eine nachhaltige Friedenslösung kann nur im Rahmen der Beschlüsse der Völkergemeinschaft erfolgen. Bis dahin wird die UNWRA gebraucht. Ihre Existenz ist Garant für ein Minimum an Menschlichkeit gegenüber den Schwächsten und zugleich eine Mahnung zum Respekt des internationalen Rechtes.

* Der Autor ist Präsident des Comité pour une paix juste au Proche Orient.

(1) „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen“, Theodor Herzl, der allgemein als Begründer des Zionismus gilt, 1895; „Ich bin für eine Zwangsumsiedlung; darin sehe ich nichts Unmoralisches“, David Ben Gurion, erster israelischer Ministerpräsident, 1938; „Die einzige Lösung ist, die Araber von hier in Nachbarländer umzusiedeln“, Yossef Weitz, Leiter des Jüdischen Nationalfonds, 1940

(2) Der Schweizer Pierre Krähenbühl, Generalkommissar der UNWRA, hatte mit deutlichen Worten den blutigen Militäreinsatz gegen Gaza 2014 kritisiert. Dabei wurden sieben UNWRA-Schulen, in denen Bewohner Schutz suchten, beschossen, wobei 44 Menschen ihr Leben verloren – ein Kriegsverbrechen laut einer Untersuchung von Human Rights Watch. Nach Ende des Militäreinsatzes fehlten 136 Schüler in den UNWRA-Schulen. Pierre Krähenbühl sollte später Opfer einer Verleumdungskampagne werden, wie es ein Film des Schweizer Fernsehens RTS dokumentiert: „Israël-Palästine, un Suisse dans la tourmente“ <https://www.youtube.com/watch?v=T7WuNvLyKSM>.



Auf dem so dringend notwendigen Weg zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Nahen Osten bleibe die Frage der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung, steht für den Autor fest. Foto: AP